

**Fischer-Sursee:** Sie werden sich fragen, weshalb ich mich bei diesem Geschäft ans Rednerpult dränge. Ich bin wohl einer der wenigen in diesem Saal, die von der Sache etwas verstehen (*Heiterkeit*) und mit Dampffahrten praktische Erfahrung haben, wie der hier anwesende Direktor Bürki vom Bundesamt für Verkehr bestätigen kann. Ich bin zwar nicht Heizer auf einer Dampflok, hingegen Präsident der «international bedeutsamen» Sursee-Triengen-Bahn, einer rentierenden Güterbahn. Daneben beglückt sie mit zwei Dampflok aus der Pionierzeit ganze Völkerscharen mit begehrten Nostalgiefahrten. Sie dampft vor allem neuvermählte Ehepaare glücklich in den Eehafen, und ich kann Sie versichern: Das Geschäft floriert – und darum dreht sich ja die Frage – und bereitet vielfache Freude in unserer etwas trostlosen und griesgrämigen Zeit, die wir angeblich im Augenblick erleben.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich lade Sie freundlich ein zu einer Dampffahrt von Sursee nach Triengen, damit Sie auch wieder einmal etwas Freude empfinden und auf der Lok sorglos und ohne Folgen Dampf ablassen können. Sie werden sich dabei überzeugen können, dass es heute richtig ist, der Furka-Dampfbahn zuzustimmen – was ich Ihnen hiermit wärmstens empfehle!

Bundesrat **Ogi:** Ich gestehe Ihnen ehrlich, dass ich nichts von Dampfbahnen verstehe. Aber ich habe Freude an diesem Projekt und grosse Achtung vor den Leuten, die sich für die Realisierung dieses Projektes stark machen und einsetzen. Das verdient auch ein Wort des Bundesrates.

Nun zur Frage des Anschlussrechtes und zur Frage von Herrn Nationalrat Weber. Gemäss Artikel 33 des Eisenbahngesetzes sind die Eisenbahnen verpflichtet, den Anschluss einer andern Bahn, also hier den Anschluss der Dampfbahn, zu gestatten, ohne unverhältnismässige Bedingungen zu stellen. Im Streitfall entscheidet die Eisenbahnaufsichtsbehörde des BAV über die Anschlusspflicht und die technischen Aspekte. Ueber finanzielle Belange entscheidet das Bundesgericht. Das ist die Situation, und das ist die Aussage, die ich zuhänden der Materialien gerne gemacht habe.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*  
*Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

*Detailberatung – Discussion par articles*

#### **Titel und Ingress, Art. 1 – 17**

*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Titre et préambule, art. 1 – 17**

*Proposition de la commission*  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 88 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

86.246

### **Parlamentarische Initiative (Ott)** **Parlamentsreform (2. Lesung)** **Initiative parlementaire (Ott)** **Réforme du Parlement (2e lecture)**

*Fortsetzung – Suite*

Siehe Seite 170 hiavor – Voir page 170 ci-devant

#### **Art. 12**

*Antrag Früh*

*Titel*

Konferenz der Fraktionspräsidenten und des Büros

*Abs. 1*

Die Konferenz der Fraktionspräsidenten und des Büros besteht aus den Präsidenten der Fraktionen und den Mitgliedern des Ratsbüros.

#### **Art. 12**

*Proposition Früh*

*Titre*

Conférence des présidents de groupe et du Bureau

*Al. 1*

La Conférence des présidents de groupe et du Bureau se compose des président des groupes et des membres du Bureau.

**Früh:** Die beiden Sprecher konnten anlässlich der ersten Lesung nur im persönlichen Namen sprechen, weil mein Antrag der Kommission nicht vorgelegen hatte; dafür habe ich Verständnis.

In der Zwischenzeit hat die Kommission nochmals getagt, und ich habe mir erlaubt, den Antrag einbringen zu lassen, weil ich dieser Kommission selbst nicht angehöre. Ich nehme doch für mich in Anspruch, die Regeln, aber auch die Stärken und die Schwächen unseres Parlamentsbetriebes aus langjähriger Zugehörigkeit zu kennen. Werten Sie aber meinen nochmaligen Versuch bitte nicht als Zwängerei, sondern als Beitrag zu mehr Effizienz. Die vorberatende Kommission hat sich übrigens nicht entscheiden können: Mit 7 zu 7 Stimmen war der Stichentscheid des Präsidenten erforderlich.

Ich möchte nicht wiederholen, was ich in der ersten Lesung vorgetragen habe, vielleicht einfach soviel: Herr Nebiker hat sich mit Vehemenz gegen diese Zusammenlegung gewehrt. Ich möchte nicht an seiner Kenntnis der Dinge zweifeln, hat er doch als Fraktionspräsident und Büromitglied beiden Gremien angehört. Einer vermeintlichen Begründung, die gegen ein Zusammenlegen spricht, kann ich jedoch nicht folgen. Er hat bei der ersten Lesung ausgeführt, ich zitiere: «Das Büro wird vom Plenum gewählt. Jeder einzelne ist ein Vertrauensmann des Rates, er ist gleichzeitig auch Stimmzähler. Hingegen werden die Fraktionspräsidenten nur von den Fraktionen gewählt und dann in die Präsidentenkonferenz delegiert. Es sind also ganz verschiedene Wahlkörper für die beiden Gremien zuständig.»

Nun meine ich, dass gerade deshalb das Büro die Kategorien-einteilung vornehmen müsste, und zwar abschliessend. Es kann doch nicht sein, dass das vom Rat gewählte Büro nur die Möglichkeit hat, Antrag an die nicht vom Rat gewählte Fraktionspräsidentenkonferenz zu stellen. Ein Zusammenlegen würde den Weg verkürzen und abschliessend sein.

Kollege Franz Jaeger, der im Moment nicht im Saal ist, wünschte oder forderte anlässlich der Beratung des Puk-2-Auftrages, dass das Büro um Mitglieder der LdU- und der grünen Fraktion erweitert werde. Hätten die Fraktionspräsidenten und das Büro zusammen getagt, wären die beiden Fraktionen vertreten gewesen.

Noch eine Bemerkung zur Grösse dieser Konferenz: Beim Ausarbeiten des Puk-2-Auftrages arbeiteten übrigens die beiden Ratsbüros zusammen. Das Gremium hatte beinahe gleich viele Mitglieder wie eine Fraktionspräsidentenkonferenz zusammen mit dem Büro. Es gab überhaupt keine Probleme.

Zum Schluss in Stichworten zu den Verbesserungen:

Bessere Koordination. Für die Belange der EG verlangen wir in diesem Rat eine wesentlich bessere Koordination; für einen besseren Ratsbetrieb sollten wir auch mehr Koordination verlangen. Wir verlangen eine straffere Führung des Parlamentes; wir verlangen einen kürzeren Instanzenweg, und wir würden dem Ständerat folgen, der auch nur ein Gremium für die gleichen Belange einsetzt.

Wir hätten dann auch die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln, denn Sie wissen ja, dass wir hier bezüglich Parlamentsreform Kosmetik betreiben, von der ich auch etwas verstehe. Es steht bei uns noch einiges ins Haus bezüglich Parlamentsreform; ich verweise auf die parlamentarische Initiative unseres Kollegen Gilles Petitpierre.

Zum Formellen: Es genügt, wenn wir nur Artikel 12 ändern und vertrauensvoll der Redaktionskommission den Rest der Arbeit überlassen. Ich bitte Sie auch im Namen der Hälfte der Kommissionsmitglieder, dem Antrag zu Artikel 12 zuzustimmen. Die FDP-Fraktion tut dies.

**Frau Grendelmeier:** Ich muss Sie dringend bitten, diesen Antrag von Herrn Früh abzulehnen.

In der Kommission haben wir darüber diskutiert. Auf Anhieb tönt das Anliegen von Herrn Früh logisch und, weil wir ja rationalisieren wollen, als Rationalisierungsmassnahme auch richtig. Man kann sich noch an den Ständerat anlehnen, der das bereits vollzogen hat.

Warum ist es für uns ein Unsinn? Ich gebe zu, ich rede nun *pro domo*, d. h. für die kleinen Fraktionen, also auch für unsere Fraktion. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass der Sprecher einer grossen, sehr grossen Fraktion in der Kommission auch der Meinung war, dass es dadurch zu einer Schwächung der kleinen Fraktionen kommen müsse, und zwar einfach weil sich die Anzahl der Vertreter der grossen Parteien überdimensioniert vergrössert, hingegen die Anzahl der Vertreter der kleinen Parteien nur ganz unwesentlich.

Der Abstand zwischen den Grossen und den Kleinen wird noch grösser. Dem können wir unter gar keinen Umständen zustimmen. Wir wollen ja den Rat mit dieser Minireform rationalisieren. Es wird sich aber wenig an unserem Ratsbetrieb ändern. Ich fürchte, dass man immer wieder die Möglichkeit findet, Auswege zu suchen und zu finden. Es wird eben woanders wieder Verlängerungen geben, wo früher eingespart wurde.

Ich halte insgesamt nicht sehr viel von dieser Reform. Aber die Kategorieneinteilung, die immer wieder als Kernstück bezeichnet wurde, ist einschneidend genug. Und wo wird entschieden, zu welcher Kategorie welches Geschäft gehört? Selbstverständlich in der Präsidentenkonferenz!

Da ist es uns ein Anliegen, dass es, wenn man diese beiden Kommissionen zusammenlegt, nicht zu einem noch grösseren Uebergewicht der grossen Parteien kommt. Denn es ist ganz klar: Mit der Einteilung jener Geschäfte wird Politik gemacht. Da wird nicht der Ratsbetrieb rationalisiert, sondern da wird Politik gemacht.

Mit anderen Worten: da können unliebsame Geschäfte beispielsweise der Kategorie 5 zugeordnet werden. Das heisst, es wird überhaupt nicht mehr diskutiert. Das scheint uns ohnehin ein etwas bedenkliches Instrument zu sein. Also dürfen wir uns durch das scheinbar logische Anliegen von Herrn Früh nicht blenden lassen. Es ist für mich nur scheinbar logisch, aber es ist ganz eindeutig eine Rationalisierungsmassnahme, die politische Auswirkung hat. Und – ich muss es einmal betonen – es war ein Mitglied der Freisinnigen Partei, das auf die Gefahr für die Kleinen hingewiesen hat. Dafür möchte ich diesem Mitglied danken.

**Nebiker:** Ich möchte Sie nochmals bitten, den Antrag Früh abzulehnen, und zwar aus drei Gründen.

1. Wir wollen die Rats- und die Vorbereitungsarbeit rationalisieren; das heisst nicht nur die Arbeit hier drinnen, sondern auch in den Kommissionen. Wenn wir das machen wollen, müssen wir beide Gremien aufrechterhalten: Fraktionspräsidentenkonferenz einerseits und Büro andererseits. Wir müssen den beiden Gremien ganz klar die Aufgaben zuweisen. Dann kann rationell gearbeitet werden. Koordiniert zwischen Büro und Fraktion werden nur einzelne Fragen, was bis jetzt in der Vergangenheit recht gut geregelt werden konnte. Das Stichwort heisst also: klare Aufgabenzuweisung Fraktionspräsidentenkonferenz und Büro.

2. Dieses Gremium muss klein sein. Je grösser ein Gremium wird, desto unrationeller arbeitet es. Ich habe in der ersten Lesung schon darauf hingewiesen, dass beide Gremien unterschiedlich gewählt worden sind und unterschiedliche Kompetenzen besitzen. Man kann das nicht zusammenlegen und meinen, wenn alles «zusammengewurstelt» sei, würde irgend etwas einfacher und die Diskussionen würden verkürzt.

3. Bei der Fraktionspräsidentenkonferenz geht es in erster Linie darum, das Programm festzulegen. Das ist eine hochpolitische Aufgabe. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Fraktionspräsidenten – in der Regel handelt es sich um erfahrene Parlamentarier, die von ihrer Fraktion getragen sind – in kleinem Rahmen im Gespräch untereinander immer Lösungen finden können. Ueber die Parteigrenzen hinaus ergibt sich eine gewisse Vertrautheit bei den Fraktionspräsidenten, so dass auf durchaus menschlicher Basis Lösungen getroffen werden können.

Ich kann aus grosser Erfahrung sprechen; ich war lange dabei. Auch andere Kollegen – so beispielsweise Sigmund Widmer –, die bei diesen Fraktionspräsidentenkonferenzen dabei sind oder dabei waren, wissen, wie wichtig diese Gespräche sind, im Vertrauen untereinander; man kennt sich eben. Man kann sich in der Regel sehr gut finden im Bereich der sehr schwierigen und politisch sehr diffizilen Planung der einzelnen Sessionen.

Ich bitte Sie dringend, im Interesse der Rationalisierung der Parlamentsarbeit, den Antrag, der zum Teil gut gemeint ist, abzulehnen.

#### *Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle*

**Früh:** Sie müssen keine Angst haben, ich verlängere die Debatte nicht. Aber, Frau Grendelmeier, was auf den ersten Blick logisch erscheint, ist eben meistens auch logisch.

Zum Zweiten. Da möchte ich Ihnen schon sagen: Wir sind Vertrauensleute unserer Fraktionen. Aber ich glaube, dass wir Büromitglieder uns auch als Vertrauensleute dieses Parlamentes betrachten. Ich verwahre mich dagegen, dass wir in diesem Büro Politik machen. Wir versuchen, über alle Parteigrenzen hinweg gerecht zu sein. Das noch als Anmerkung.

**M. Borel, rapporteur:** M. Früh vous a demandé de voter pour sa proposition comme la moitié de la commission. Je rectifierai en disant «comme le tiers de la commission». En effet, cette dernière composée de vingt et un membres s'est départagée comme suit: sept membres ont voté la proposition de M. Früh, sept contre et sept étaient sans opinion. C'est donc votre président qui a fait pencher la balance et il vous demande de refuser cette proposition et d'en rester à votre première décision. Pourquoi cette décision? Tout d'abord parce que nous sommes au niveau de la deuxième lecture et qu'à ce niveau il n'y a aucune raison de modifier de manière fondamentale la logique des propositions que nous vous faisons. Nous aurons encore à traiter d'autres propositions qui, à mon avis, sont mineures et ne modifient pas la structure du règlement qui vous est proposé.

Par contre si nous entrons en matière sur cette proposition, je pense que, très rapidement, nous devrions modifier notre règlement afin d'adapter un certain nombre d'articles conformément à cette importante décision de principe que nous prendrions et qui consisterait non pas à dissocier les tâches du Bureau et de la Conférence des présidents de groupe, mais à les réunir.

Les modestes propositions de la commission visaient à rationaliser le travail. Rationaliser, c'est en particulier répartir les tâches et non pas créer des organismes plus importants – je vous rappelle qu'ici il s'agirait de réunir dix-sept personnes pour s'occuper de l'organisation de notre ordre du jour et non pas pour garantir la rationalisation. Si nous continuions dans l'esprit de M. Früh nous pourrions dire: le Bureau, la Conférence des présidents de groupe, il faut les mettre ensemble pour rationaliser, ça ira mieux. Pourquoi pas le conseil dans son ensemble? Pourquoi ne pas discuter de notre ordre du jour tous ensemble? Ce serait plus rationnel, ainsi tout le monde serait concerné et pourrait prendre la parole. Non, restons-en à des tâches clairement définies. La Conférence des présidents de groupe a un certain nombre de tâches, elle assume ses responsabilités, le Bureau assume également les siennes.

Il ne faudrait pas non plus négliger l'aspect politique de la décision. Actuellement chaque groupe a le même poids lors de la discussion de cet ordre du jour. Cet équilibre serait modifié en faveur des grands partis et aucun de ceux-ci, ni le plus grand, le radical, ni le groupe socialiste n'ont avantage à faire des votes de majorité pour imposer dans ces organes que sont la Conférence des présidents de groupe ou le Bureau leur point de vue aux minorités. Cette tendance pourrait se manifester dans cet organe où les petits partis seraient moins représentés et nous aurions comme conséquence une multiplication des motions d'ordre pour contester les propositions de la conférence à dix-sept.

Pour ces raisons, nous vous engageons à maintenir la décision que vous avez prise lors de la première lecture.

**Frau Stamm, Berichterstatterin:** Wir haben in der Tat den Antrag von Herrn Früh in der Kommission noch einmal sehr einlässlich durchdiskutiert. Sie kennen das Resultat: In der 21er-Kommission haben sieben Personen für den Antrag Früh, sieben dagegen gestimmt, sieben haben sich enthalten. Unser Präsident hat dann mit Stichentscheid die Entscheidung zugunsten der Lösung herbeigeführt, wie Sie sie bei der ersten Lesung gewählt haben. Er hat gegen den Antrag Früh gestimmt.

Warum hat er das getan?

Erstens handelt es sich hier um die zweite Lesung dieses Reglementes. Es schien ihm nicht opportun, im Rahmen der zweiten Lesung eine so fundamentale Aenderung einzuführen. Dort können noch kleinere Aenderungen angebracht werden. Aber wenn man Büro und Fraktionspräsidentenkonferenz zusammenlegen will, ist das eine fundamentale Aenderung, die noch andere Aenderungen nach sich ziehen würde. Zweitens machen wir ja diese Parlamentsreform, um den Parlamentsbetrieb zu rationalisieren, und wir verstehen unter rationalisieren eine ganz klare Zuteilung der Aufgaben an ein je dafür bestimmtes Gremium. Wir sehen keine bessere Effizienz darin, dass wir dieses Gremium durch Zusammenlegen von Büro und Fraktionspräsidenten grösser und damit schwerfälliger machen.

Drittens und nicht zuletzt ist auch der politische Aspekt zu berücksichtigen. Es ist doch so – wir haben das bereits anlässlich der ersten Lesung gesagt –, dass in der Fraktionspräsidentenkonferenz jede Gruppe hier in diesem Saal eine Stimme hat, sei sie noch so gross oder noch so klein. Wenn Sie nun das Büro und die Fraktionspräsidentenkonferenz zusammenlegen würden, würde sich das Schwergewicht zugunsten der mächtigen Fraktionen und zuungunsten der kleinen Gruppen verschieben. Das scheint uns eine Konsequenz, die wir nicht wollen. Das war auch ein wesentliches Motiv für den Stichentscheid des Präsidenten.

Wir empfehlen Ihnen also im Namen der Kommission, den Antrag Früh zu verwerfen und bei der Lösung zu bleiben, die Sie anlässlich der ersten Lesung gewählt haben.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Früh  
Für den Antrag der Kommission

25 Stimmen  
63 Stimmen

## Art. 20

*Antrag Carobbio*

*Abs. 1bis (neu)*

Die schriftlichen Berichte über wichtige Geschäfte werden in deutscher, französischer und italienischer Sprache vorgelegt.

## Art. 20

*Proposition Carobbio*

*Al. 1bis (nouveau)*

Les rapports écrits sur les objets importants sont présentés en langue allemande, française et italienne.

**M. Carobbio:** Si je prends la parole, ce n'est pas que pour défendre ma proposition, mais je le fais aussi au nom de la députation tessinoise, fort peu représentée d'ailleurs en ce moment dans cette salle (seulement 50 pour cent des Tessinois sont présents).

Je voudrais soulever une question qui, pour nous, au-delà de cette mini-réforme du Parlement, revêt une importance particulière. Il s'agit de la place réservée, dans les travaux de notre conseil en particulier et de l'Assemblée fédérale en général, à la langue italienne, place déjà fort réduite mais qui, avec les modifications que l'on est en train d'adopter, risque de l'être encore plus. J'ai même l'impression qu'en fin de compte nous aurons un Parlement bilingue, duquel l'italien sera pratiquement exclu.

Permettez-moi tout d'abord de justifier ce qui apparaît pour le moins comme une contradiction. J'interviens, je le répète, pour revendiquer une place plus large à l'italien, mais vous constatez que je m'exprime en français alors qu'il eût été plus logique que j'emploie aujourd'hui l'italien. Si je fais cette intervention en français, c'est aussi pour souligner les conditions particulièrement difficiles dans lesquelles nous devons travailler ici. La proposition dont nous discutons maintenant, par exemple, n'est distribuée qu'en deux langues, allemand et français.

La question de la présence de la langue italienne dans l'administration fédérale en général et dans le Parlement n'est pas nouvelle. Les Tessinois l'ont soulevée plusieurs fois ces dernières années. Nous avons souvent obtenu des promesses, qui en réalité n'ont jamais été suivies d'une amélioration concrète de la situation. Notre impression est plutôt que cette situation se détériore de plus en plus. A ce propos, je vous citerai quatre exemples concrets, parmi d'autres.

Le premier cas concerne le rapport de la Commission d'enquête parlementaire I. Il a été publié en allemand et en français, et seulement trois mois plus tard en italien. J'ai d'ailleurs présenté un postulat à ce sujet au Conseil fédéral, qui l'a accepté, mais on risque d'en rester à la pratique traditionnelle: le postulat est accepté mais on ne fait rien. C'est là un cas concret. Il s'agit d'une commission de notre conseil où la langue italienne a été considérée trop tard ou pas du tout.

Le deuxième exemple a trait à la commission qui a examiné l'initiative parlementaire en discussion, où le Tessin n'était pas représenté bien que l'on ait débattu de questions qui concernent également une partie, minoritaire il est vrai, de ce Parlement, la minorité de langue italienne.

Troisième exemple, la Commission administrative de l'Assemblée fédérale, récemment constituée, ne compte pas non plus de représentant de la Suisse italienne, même si elle est appelée à discuter de questions qui nous concernent.

Quatrième exemple, en fait la conséquence des précédents: le règlement en discussion. En analysant rapidement ce règlement, vous pouvez constater qu'il n'est question que de la langue allemande ou de la langue française, mais jamais de l'italien. Or, il me semble que la langue italienne est reconnue en tant que langue officielle, et à ce titre, elle devrait au moins être mentionnée dans le règlement du conseil. Je cite brièvement l'article 20, relatif aux activités de la commission en discussion, sur lequel je reviendrai, l'article 27 qui concerne les initiatives parlementaires, les articles 33, alinéa 4, et 34, alinéa 1er, relatifs aux interventions dans cette salle, l'article 50, qui concerne la publicité des séances, c'est-à-dire la distribution du matériel aux journalistes – il n'est pas prévu de le faire pour l'italien – et l'article 60, alinéa 2, qui concerne les délibérations et proposi-

tions des députés, notamment celles concernant les catégories 4 et 5 que l'on est en train d'instituer et où, en pratique, les rapports seront toujours écrits; là non plus on ne prévoit pas de rapports écrits en italien.

Je le répète, c'est une situation que nous ne pouvons plus tolérer. En réalité, la logique voudrait que nous présentions des revendications beaucoup plus larges, car le problème est de caractère plus général. Mais, dans le cadre de la discussion d'un règlement particulier, nous nous limitons aujourd'hui à formuler, en tant que représentant de la Suisse italienne, une revendication toute particulière, à savoir l'amendement de l'article 20, alinéa 1bis. Cette modification voudrait que les commissions décident que les rapports particulièrement importants soient distribués dans les trois langues reconnues comme langues officielles, c'est-à-dire également en italien. C'est du reste le cas actuellement pour les rapports du Conseil fédéral, que nous recevons en italien presque en même temps que les textes en allemand ou en français.

Mais il n'en va pas de même pour les rapports des commissions. Notre revendication est donc minimale. Nous demandons que, dans le cas particulier des rapports importants, tel celui de la Commission d'enquête parlementaire 1 déjà cité (mais il y en a d'autres), la distribution se fasse dans les trois langues. Il me semble que c'est une revendication qu'il serait correct de votre part d'accepter comme un geste de reconnaissance des droits d'une minorité comme celle de langue italienne. La commission nous a présenté un postulat, que nous acceptons. Mais il me semble que pour répondre à la revendication précitée – la modification minimale concernant les rapports en italien sur les questions plus importantes – il n'est pas nécessaire d'emprunter la voie du postulat.

En conclusion, je vous invite à accepter ma proposition, et également à adopter le postulat pour indiquer au Bureau votre volonté de renforcer la présence de la langue italienne. La majorité de langue allemande et la minorité de langue française devraient aujourd'hui accomplir ce geste et accepter cette proposition d'amendement à l'article 20, alinéa 1bis, comme une démonstration de la volonté d'écouter les critiques fondées de la minorité de langue italienne.

**M. Eggly:** Je vous invite à soutenir la proposition de M. Carobbio. Pour une fois nous sommes d'accord, Monsieur Carobbio!

J'en suis conscient, cette proposition peut présenter des inconvénients. En séance de commission, il a été relevé qu'il serait paradoxal de soumettre un projet de réforme du Parlement visant à accélérer nos travaux et, d'autre part, d'accepter une proposition qui peut les ralentir à cause du temps et du délai nécessaires à la traduction en langue italienne des rapports de commissions. Il pourrait donc y avoir, dans certains cas, un allongement des procédures. Cela pourrait également poser des problèmes de personnel, d'intendance, parce que l'on ne trouve pas si facilement des personnes compétentes pour traduire rapidement les rapports de commissions.

Or, en politique, il faut finalement savoir ce que l'on veut et où se trouve la priorité. Suivre une priorité dans certains cas peut nous amener à une contradiction avec d'autres priorités. Certes, la réforme des travaux de notre conseil en est une, mais l'équilibre des langues et des cultures en Suisse est une priorité politique plus importante encore.

Je vous rappelle qu'une procédure de consultation est en cours à propos d'un rapport d'expert sur le quadrilinguisme en Suisse. Le Conseil fédéral lui-même est donc conscient qu'il faut absolument intensifier les voies et moyens de raffermir l'équilibre des cultures en Suisse et préserver, notamment par la protection et la diffusion de la langue, le patrimoine des minorités.

A long terme, cela est une question d'identité pour notre pays. Au moment même où l'Europe se forme, où la réunification allemande s'affirme, où le poids de la langue allemande en Europe est par conséquent de plus en plus grand – et cela peut aussi exercer une certaine attraction sur la Suisse allemande – il est important que nous entrions dans la maison européenne avec un certain enthousiasme, en n'étant pas frileux et sur la défensive, mais en affirmant notre identité. Qu'est-ce que no-

tre identité? C'est le fédéralisme, l'équilibre des cultures, le soin que nous prenons à cultiver les minorités. Tout cela est beaucoup plus important que les inconvénients que l'on peut mettre en avant.

En ce sens j'estime que le vote sur la proposition de M. Carobbio a une signification politique tout à fait importante. Je vous invite donc à vous prononcer en sa faveur.

**Frau Grendelmeier:** Auch ich möchte Sie dringend bitten, unseren Kollegen Carobbio zu unterstützen, und zwar aus folgenden Gründen:

Herr Eggly hat es vorhin erwähnt: Etwas vom Wichtigsten in unserem Land ist die Tatsache, dass wir ein mehrsprachiges Land sind. Wenn – wie es vorhin gesagt worden ist – dieses Land sich zurzeit überlegt, ob wir nicht sogar die vierte Landessprache zur Amtssprache erheben sollen, ist es nicht in Ordnung, dass unsere Kollegen aus dem Tessin sämtliche Schriftstücke, die sie in diesem Haus bekommen, in einer Fremdsprache lesen müssen, ob es nun französisch oder deutsch sei. Wenn wir zu unserer Mehrsprachigkeit stehen, dann kommt es nicht darauf an, wie viele Tessiner hier sind, sondern dass sie hier sind!

Wenn wir uns schon immer wieder rühmen, ein Mini-Europa zu sein, wenn wir gegenüber dem Ausland immer wieder unsere Vielsprachigkeit hervorheben, dann geht es nicht an, dass die italienische Sprache praktisch aus diesem Haus verschwindet.

Wir können uns natürlich überlegen, ob das Anliegen von Herrn Carobbio richtig formuliert ist. Denn was heisst: «wichtige» Berichte? Entweder werden die schriftlichen Berichte übersetzt oder eben nicht. Oder wir machen das, was wir hier in diesem Postulat vorgeschlagen haben: dass wir uns überlegen, wieweit das Italienische ganz generell zur Verhandlungssprache wird. Ich glaube fast, dass das Postulat noch einen Schritt weiter geht.

Ich würde Ihnen empfehlen, dass Sie prinzipiell einmal dem Antrag von Herrn Carobbio zustimmen. Wenn Sie das nicht wollen, dann unterstützen Sie bitte unser Postulat.

Jetzt aber noch eine ganz kleine persönliche Bemerkung an unsere Tessiner Freunde: Mi pare che non si può diffendere l'italianità di questo paese senza parlare italiano in questa casa. Mi fa male di sentirvi parlare il francese, di sentirvi parlare il tedesco, diffendo l'italiano. Non si può. Per carità, vogliate parlare italiano! Grazie!

**Pini:** L'occasione mi è molto gradita per riconfermare che non abbiamo dimenticato la nostra lingua e che, per una volta, in Parlamento, la sensibilità dell'on. Signora Grendelmeier, ci esorta a far uso di questo nostro diritto costituzionale: parlare in italiano.

Vengo a dirvi che l'iniziativa del collega Carobbio è un piccolo punto fra altri punti che devono essere obiettivamente, con molta serenità, riveduti nell'equilibrio del confronto delle nostre diverse culture politiche, e non solamente linguistiche. Smantellare una delle tre o quattro lingue del nostro Paese – in particolare quelle ufficiali – vorrebbe dire, alla vigilia del 700-esimo anniversario della Confederazione, tarpare le ali a questo Paese. Vorrebbe dire togliere una parte della sua anima, ma anche del suo corpo attivo. Vorrebbe dire privare la Svizzera di un contributo culturale importante per capire non solo la Svizzera e gli Svizzeri fra di loro, ma per capire l'Europa dalla Svizzera.

Sottolineo che, se noi vogliamo capire l'Europa e ciò che succede, dobbiamo ricominciare ad avere il rispetto di capirci fra di noi, il rispetto di ascoltare, lo sforzo di comprendere delle lingue diverse che sono le nostre, che sono le lingue della nostra Confederazione.

Un tempo qui – e mi rivolgo alla Signora Grendelmeier – si parlava più sovente l'italiano; erano i tempi accesi e appassionati dei Rusca di Locarno come dei Rusca di Chiasso. Erano i tempi di Brenno Bertoni, erano i tempi della fine dell'800, quando la Confederazione svizzera stava vivendo – credetemi – i suoi migliori momenti, seppur nelle difficoltà rurali e economiche, della sua vita spirituale, della sua vita delle idee, della sua volontà di progetto. Guai, se in questo Parlamento do-

vesse entrare unicamente il gusto della lingua pratica! Guai, se in questo Parlamento dovessimo parlare unicamente una lingua delle cose e non la lingua dell'anima, della cultura e delle culture del Paese!

Mi fermo qui per dirvi che quel piccolo appunto – ch'è l'iniziativa Carobbio – dice in sostanza: se facciamo dei rapporti scritti, traduciamoli non dopo un mese, ma subito nelle tre lingue nazionali. Ma vi aggiungerò che dietro a questa richiesta sta anche la necessità di ricostruire – e dico bene – ricostruire i servizi di lingua italiana del Parlamento per seguire meglio la procedura di tutto il nostro lavoro, per permettere che ci sia non più discriminazione, ma uguaglianza nel trattare le cose dello Stato federale.

**M. Borel**, rapporteur: Si M. Carobbio était membre de la commission, il aurait dit qu'une fois de plus nos débats étaient trop longs. Si nous avons voté au bout de trois minutes, l'état d'esprit qui régnait dans la commission nous aurait fait accepter la proposition de M. Carobbio. Mais, ensuite sont venus les «mais». Mais sommes-nous tout à fait conscients des conséquences pratiques et financières de cette proposition? Mais les Services du Parlement ne vont-ils pas être surchargés? Mais nos travaux parlementaires ne vont-ils pas être ralentis? Malheureusement, l'exemple donné en faveur de la proposition de M. Carobbio – qui regrettait que le rapport de la Commission d'enquête parlementaire n'ait été traduit en italien que trois mois après sa publication en français et en allemand, c'est-à-dire deux mois après nos débats – a amené des commissaires à dire: oui, mais aurait-il fallu renvoyer le débat de trois mois pour attendre la traduction du rapport en italien? C'est la raison pour laquelle votre commission est entrée en matière sur l'idée défendue par M. Carobbio et vous demande de transformer cette proposition en postulat.

Vous trouverez ce postulat en dernière page de votre dépliant; il demande au Bureau de répondre à l'idée de M. Carobbio, et de nous faire un rapport sur les conséquences et la manière de résoudre pratiquement ses propositions. M. Carobbio a rappelé que, dans plusieurs commissions, dont la nôtre ou la Commission administrative, les Tessinois n'étaient pas représentés. M. Carobbio sera peut-être rassuré de savoir que c'est au Bureau que nous demandons d'examiner la question et que là le Tessin y est fort bien représenté.

Au nom de la commission je ne peux que vous encourager à refuser la proposition de M. Carobbio et à accepter le postulat de la commission. Personnellement, j'utiliserai une formule gaulloise pour dire que nous déciderons et que l'intendance suivra. L'intendance n'a que ça à faire. J'accepterai la proposition Carobbio.

**Frau Stamm**, Berichterstatterin: In der Tat ist der Antrag Carobbio in der Kommission auf fruchtbaren Boden gefallen – so fruchtbar, dass wir uns sofort haben hinreissen lassen, uns zu überlegen, wie sein Vorschlag in die Tat umgesetzt werden sollte.

Im Zuge dieser Ueberlegungen haben sich uns verschiedenste Fragen gestellt. Es heisst hier: «Die schriftlichen Berichte über wichtige Geschäfte werden in deutscher, französischer und italienischer Sprache vorgelegt.»

Wir haben uns gefragt: Was werden denn in Zukunft wichtige Berichte sein? Sind das Berichte von der Wichtigkeit eines Puk-Berichtes? Das ist ja wohl selbstverständlich. Es werden aber sicher nicht die Berichte der vierten und fünften Kategorie sein, weil das ja unwesentliche Geschäfte sind, die wir dort versorgen. Das war uns nicht ganz klar. Wir wussten auch nicht, mit wieviel Personal wir unseren Uebersetzungsdienst aufstocken müssten. Ob wir das leisten könnten? In welcher Zeit? Ob das unsere Arbeiten verlängern würde?

Ich muss Ihnen sagen: Ich glaube, manch ein Mitglied der Kommission – also mir ist es so gegangen – hat auch ein wenig ein schlechtes Gewissen gespürt, weil uns plötzlich klar wurde, wie sehr das Italienische in diesem Parlament aus praktischen Gründen an den Rand gedrängt wird.

Aus diesem Grund haben wir uns entschieden, diesen Antrag Carobbio zurückzuweisen, weil wir uns nicht überlegen konnten, wie er sofort konkretisiert werden sollte. Wir haben uns

entschlossen, ein Postulat zu formulieren, das die Sache grundsätzlicher angeht: Das Büro wird gebeten zu prüfen, inwieweit im Nationalrat das Italienische als Verhandlungssprache verstärkt werden kann, wobei das Uebersetzen von wichtigen Berichten nur eine Massnahme unter anderen wäre. Wir würden auch hoffen, dass das Büro sich mit der Tessiner Deputation zusammensetzt, um von unseren Tessiner Kollegen zu erfahren, was denn genau ihre Wünsche und Bedürfnisse sind.

Aus diesem Grunde muss ich Ihnen im Namen der Kommission empfehlen, den Antrag Carobbio abzulehnen, aber dafür mit grossem Einsatz für das Postulat der Kommission zu stimmen, das in dieser Richtung geht.

**Pini**: Telegraficamente all'indirizzo del carissimo collega Borel e della Signora Stamm e di voi tutti. Carobbio non propone un'idea, Carobbio e noi sosteniamo con questa iniziativa un diritto: noi chiediamo che venga riconfermato il diritto costituzionale della nostra lingua – punto e basta!

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag Carobbio	62 Stimmen
Dagegen	5 Stimmen

#### Art. 24

##### Antrag der Kommission

##### Abs. 2

Die Protokolle der Verhandlungen über rechtsetzende Erlasse gehen ausserdem an die Fraktionssekretariate, die Parlamentsdienste und auf Wunsch an die Mitglieder beider Räte. Sie stehen nach der Schlussabstimmung .... Im übrigen kann der Kommissionspräsident, unter Vorbehalt von Geheimhaltungspflichten und wenn keine wichtigen Gründe ....

#### Art. 24

##### Proposition de la commission

##### Al. 2

Les procès-verbaux des commissions relatifs à des projets d'actes législatifs sont également remis aux secrétariats des groupes, aux services du Parlement et, à leur demande, aux membres des deux conseils. Après le vote final .... Pour le reste, le président de la commission peut permettre, si l'observation du secret ou d'autres motifs importants ne s'y opposent pas, à des tiers ....

**M. Borel**, rapporteur: Il s'agit d'une modification formelle. Lors des différentes traductions et transpositions de ce texte, ce passage avait été modifié dans le mauvais sens et ne correspondait plus aux intentions de la commission. Il s'agit de maintenir la procédure actuelle concernant l'accessibilité des procès-verbaux.

**Frau Stamm**, Berichterstatterin: Es handelt sich bei Artikel 24 Absatz 2 um eine redaktionelle Bereinigung, die wir im Anschluss an einen Antrag des Kollegen Rudolf Hafner getroffen haben.

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 38b

##### Antrag der Kommission

##### Mehrheit

Festhalten am Beschluss vom 5. Februar 1990

##### Minderheit

(Ott, Borel, Grendelmeier, Schmid, Stamm)

##### Abs. 4, 5

Unveränderter Text von Artikel 71a

#### Antrag Vollmer

##### Abs. 4

Der Vertreter des Bundesrates antwortet kurz. Der Fragesteller kann eine sachbezogene Zusatzfrage stellen. Auf gleichlautende oder ....

**Abs. 5**

Auf Fragen, für welche die Zeit nicht reicht, und auf Zusatzfragen, die weiterer Klärung bedürfen, antwortet der Bundesrat ....

**Art. 38b**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Maintenir la décision du 5 février 1990

*Minorité*

(Ott, Borel, Grendelmeier, Schmid, Stamm)

*Al. 4, 5*

Texte inchangé de l'article 71a

*Proposition Vollmer*

*Al. 4*

Le représentant du Conseil fédéral répond brièvement. L'auteur de la question peut poser une question supplémentaire ayant trait au même objet. Le représentant du Conseil fédéral donne une réponse commune aux questions de même teneur ou se rapportant au même sujet.

*Al. 5*

Le Conseil fédéral répond par écrit .... aux questions auxquelles il n'est pas possible de donner une réponse durant le temps disponible ou aux questions supplémentaires exigeant un nouvel examen.

**Ott, Sprecher der Minderheit:** Ich komme zurück auf einen Beschluss, den wir in der ersten Lesung etwas übereilt gefasst haben.

Ich möchte gerne die Zusatzfrage für die Fragestunde wieder einführen. Dazu ermutigt wurde ich durch Ratskollegen, die in der ersten Lesung für diese Abschaffung gestimmt hatten. Aber sie haben eingesehen, dass das ein Fehler war.

Mein Antrag deckt sich inhaltlich genau mit dem Antrag von Herrn Vollmer, der nach mir sprechen wird. Herr Vollmer wird Ihnen noch erklären, wie wir es redaktionell bereinigen möchten.

Im Institut der Zusatzfrage steckt eine Chance für eine gewisse Spontaneität. Ich sage: eine Chance. Denn ich bin mir bewusst, dass einzelne Zusatzfragen schon vorher zu Hause schriftlich vorbereitet werden. Aber das ist nicht immer der Fall. Mindestens der Bundesrat muss spontan antworten. Er hat weder die Verwaltung hinter sich, die ihm seinen Text vorbereitet, noch hat er das Kollegium hinter sich, das seine Formulierung absegnet. Unter anderem kann er hier zeigen, ob er seine Sache beherrscht, ob er über der Sache steht. Er hat auch die Chance, durch eine persönlich gehaltene Antwort einen gewissen prägenden Einfluss zu nehmen.

In unserem Parlament ist ein Bedarf nach Spontaneität und nach kurzem Reden. Das hat sich gestern abend wieder gezeigt, wo wir die Sitzung bis unnötig tief in die Nacht hinein verlängert haben, weil einzelne Rednerinnen und Redner die Flexibilität nicht hatten, sich vom vorbereiteten Manuskript einmal zu lösen, wie es die Stunde erfordert hätte, und auf das Wiederholen von längst Bekanntem, längst zuvor von ihnen selbst oder von anderen geäußerten Argumenten zu verzichten.

Wir sollten der Spontaneität und der Knappheit in unserem Parlament eine Chance und einen Platz geben. Im Unterschied zu anderen Parlamenten, wo Fragestunden als eigentliche Gesprächsstunden abgehalten werden, sind in unserem Rat durch die Erlaubnis zu einer einzigen Zusatzfrage die Möglichkeiten ohnehin schon stark beschränkt.

Ich bitte Sie darum, die Zusatzfrage so zu belassen, wie wir sie bis jetzt gehandhabt haben. Es würde – das sei mein letzter Punkt – dies auch der Akzeptanz der ganzen Vorlage in unserem Rat dienen. Denn dieser Beschluss, die Zusatzfrage nun völlig zu streichen, hat bei vielen Kolleginnen und Kollegen einen gewissen Unwillen ausgelöst. Dabei will doch diese Vorlage nicht eine Einengung sein, sie will nicht eine Einschränkung sein, sondern sie möchte ein Instrumentarium sein, das wir alle mit gutem Willen benützen wollen und das uns helfen wird, unsere Arbeit zu erleichtern.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

**Vollmer:** Zur Klärung des Unterschiedes: Mein Antrag nimmt in der Fragestunde die Zusatzfrage auf, hält sich aber an die Fassung, wie dieser Rat sie in der ersten Lesung beschlossen hat. Der Unterschied liegt also darin, dass in der Fassung der ersten Lesung Fragen, die zusammengehören, auch vom Bundesrat zusammen beantwortet werden. Aber der strittige Punkt, über den es politisch zu entscheiden gilt, ist meines Erachtens der, ob die Zusatzfrage weiterhin möglich sein soll. In diesem Punkt besteht Einigkeit und Übereinstimmung mit dem Antrag der Kommissionsminderheit. Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber noch etwas zur Zusatzfrage an sich festhalten: Ich bin relativ neu in diesem Rat. Und wenn man in diesen Rat kommt, ist man wahrscheinlich noch nicht so abgeschliffen und hat noch nicht alle Illusionen verloren, ist vielleicht noch optimistischer, dass sich z. B. die Langatmigkeit der Debatten, wie wir sie hier immer wieder erleben, ändern liesse.

Ich war sehr erfreut, als ich in meiner ersten Session den Rat zur Parlamentsreform debattieren hörte. Ich habe mir gedacht: Endlich will der Rat tatsächlich dazu beitragen, dass dieses Parlament effektiver, aber auch politisch lebendiger verhandeln und diskutieren kann.

Ich muss Ihnen gestehen, dass ich in der ersten Lesung dieser Debatte meiner Illusionen etwas beraubt wurde, weil ich gemerkt habe, dass wir mit den Beschlüssen, die wir gefasst haben, wahrscheinlich nicht allzuviel zur Lebendigkeit und zur besseren Arbeitsweise dieses Rates beitragen werden. Im Gegenteil, wir haben in der ersten Lesung die Zusatzfrage gestrichen, die für mich eines der ganz wenigen Instrumente in diesem Rat ist, bei dem noch eine gewisse Spontaneität zu verspüren ist.

Es ist doch erfrischend, wenn sich auch einmal der Bundesrat ohne Manuskript und ohne Spickzettel spontan zu Fragen aus der Ratsmitte äussern muss und wenn hier nicht alles, was abgewickelt wird, am Sonntag vorher fein säuberlich auf dem Manuskript vorbereitet wird, damit es hier dann vorgelesen werden kann. Wir sollten zumindest noch ein kleines spontanes Element in unseren Debatten behalten; so eines ist diese Zusatzfrage.

Ich habe mir am letzten Montag, als die Zusatzfrage über die Bühne gegangen ist, erlaubt, eine kleine Statistik zu führen, und festgestellt, dass die Zusatzfragen, die in den anderthalb Stunden gestellt worden sind, ganze 6 Minuten Zeit beansprucht haben. Ich bitte Sie deshalb: kommen Sie auf die Streichung der Zusatzfrage zurück. Sie ist wichtig; es ist etwas, wo wir noch als Parlament spontan den Dialog pflegen können. Stimmen Sie der Fassung mit der Zusatzfrage zu.

Im Absatz 4 – wie gesagt – besteht der Unterschied darin, dass mein Antrag den Gedanken der ersten Lesung mit der Zusatzfrage verbindet. Im Absatz 5 ist mein Antrag identisch mit dem Antrag der Kommissionsminderheit.

**Fäh:** Ich bin für die Zusatzfrage. Die Zusatzfrage ist dann sinnvoll, wenn der Bundesrat unbefriedigend oder gar nicht antwortet. Das kommt hie und da vor.

Wenn wir die Zusatzfrage abschaffen, können wir ebensogut die Fragestunde abschaffen. Dann wäre es nämlich effizienter, das ganze Verfahren schriftlich durchzuführen.

Wenn wir die Zusatzfrage abschaffen würden, gäbe es nur noch zwei Gründe für die bisherige Form.

Grund Nummer 1: Die Fragestunde ermöglicht es den Tribünenbesuchern, den Corso des Bundesrates zu erleben.

Grund Nummer 2: Die Fragestunde würde es uns gestatten, zu kontrollieren, ob es die sieben Landesväter überhaupt noch gibt.

Also lassen Sie die Zusatzfrage bestehen!

**Schmid:** Die Zusatzfragen halten mindestens ein Minimum an Dialog aufrecht.

Die Zusatzfrage kommt auch gar nicht derart häufig vor. Und nur recht selten artet sie zu einem eigentlichen Statement aus. Es ist kaum zu befürchten, dass diese gelegentliche Unart um sich greift. Die Räte hier im Saal wissen sich in der Regel schon bemerkbar zu machen.

Schliesslich ist dann noch der Herr Ratspräsident da, der überbordende Rednerinnen und Redner höflich und, wenn nötig, mit der Glocke daran erinnern kann, was eine Zusatzfrage ist. Schütten Sie nicht das Kind mit dem Bade aus! Kommen Sie auf dieses Anliegen zurück, unterstützen Sie die Wiedereinführung dieser Zusatzfrage.

Unterstützen Sie also den Minderheitsantrag!

**M. Borel**, rapporteur: Il y avait une majorité de 11 commissaires contre 10 pour s'exprimer sur cet objet, qui se sont prononcés par 6 voix contre 5 contre la proposition de M. Ott. Au nom de la commission, je dois donc vous recommander de refuser la proposition de M. Ott, qui, fort heureusement pour la clarté du débat, a été combinée avec celle de M. Vollmer. La pratique de regrouper les réponses à des questions similaires est déjà d'actualité, il ne s'agit que de le préciser dans notre règlement.

En ce qui concerne le caractère spontané qu'apporte aux débats l'heure des questions, par le biais des questions complémentaires, la commission estime que c'est en effet un apport utile, qu'il ne faut toutefois pas surévaluer. Les questions complémentaires sont rarement spontanées, ce sont éventuellement les réponses à ces questions qui le sont. D'un autre côté, il ne faut pas sous-estimer le caractère spontané des échanges entre le Parlement et le Conseil fédéral, du moins lors des débats de détail de nos projets de loi.

Nous ne sauverons pas la spontanéité de nos débats en maintenant la question complémentaire et c'est pourquoi, au nom de la commission, je vous prie de refuser la proposition Ott/Vollmer.

**Frau Stamm**, Berichterstatterin: Wie Sie gehört haben, wurde das Problem der Zusatzfrage in der Kommission wiederaufgenommen. Wir haben uns wieder über die Spontaneität in diesem Rat – die sehr seltene, die so vermisste – Gedanken gemacht und dann von einigen Mitgliedern gehört, wir sollten diese auch nicht überbewerten.

In der Kommission wurde der Rückkommensantrag mit 6 zu 5 Stimmen abgelehnt. Sie sehen aber, dass der Präsident und die Kommissionssprecherin bei der Minderheit sind.

Im Namen der Kommission empfehlen wir Ihnen, den Antrag Vollmer für die Zusatzfrage abzulehnen. Im persönlichen Namen empfehlen wir Ihnen beide das Gegenteil.

**Präsident:** Herr Ott teilt mit, dass die Minderheit ihren Antrag zugunsten des Antrags von Herrn Vollmer zurückzieht.

*Abs. 4 – Al. 4*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Vollmer	62 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	17 Stimmen

*Abs. 5 – Al. 5*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Vollmer	55 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	11 Stimmen

#### **Art. 51**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 4*

Die Sendungen müssen zur staatsbürgerlichen Bildung und zur politischen Information beitragen. Ereignisse sind sachgerecht darzustellen, und die Vielfalt der Ansichten ist angemessen zum Ausdruck zu bringen.

#### **Art. 51**

*Proposition de la commission*

*Al. 4*

Les émissions doivent contribuer à la formation civique et à l'information. Les programmes présentent les événements de façon fidèle et reflètent équitablement la diversité des opinions.

**M. Borel**, rapporteur: Il s'agit d'une proposition d'ordre rédactionnel que nous avons annoncée lors de la première lecture déjà.

**Frau Stamm**, Berichterstatterin: Es handelt sich bei Artikel 51 Absatz 4 um eine redaktionelle Bereinigung.

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 59**

*Antrag Reimann Maximilian*

*Abs. 3*

Ordnungsanträge und Antworten auf eine persönliche Bemerkung kommen sofort an die Reihe. Die Sachberatung ...

#### **Art. 59**

*Proposition Reimann Maximilian*

*Al. 3*

Les motions d'ordre et les réponses à une remarque de caractère personnel sont liquidées sur-le-champ. La discussion ...

**Reimann Maximilian:** Sie kennen die Motive, die mich zu diesem Antrag geführt haben. Seit ich diesem Rat angehöre, stelle ich fest, dass der Begriff der persönlichen Erklärung von den einzelnen Mitgliedern sehr unterschiedlich ausgelegt und praktiziert wird. Typische Beispiele dieser unterschiedlichen Auslegung erlebten wir auch in dieser Session, zum Beispiel am 8. März das Votum von Frau Grendelmeier im Anschluss an die Rede von Bundesrat Villiger.

Das war eine sehr extensive Auslegung des Begriffes «persönliche Erklärung» – ja, Frau Grendelmeier, so war es. Sie waren von Bundesrat Villiger überhaupt nicht persönlich angesprochen. Der Dialog zwischen den Herren Auer und Hubacher am 12. März hingegen – das waren meines Erachtens echte Erklärungen *ad personam*, wie der Begriff auch im Geschäftsreglement des Ständerates näher präzisiert ist.

Ich danke übrigens bei dieser Gelegenheit unserem Generalsekretariat, dass es sofort geschaltet und mitgeholfen hat, mein am 12. März 1990 abgegebenes Postulat gleich in den heutigen Antrag umzuwandeln.

Mir ist es letztlich gleich, wie sich der Rat entscheiden wird. Mein Ziel ist es, eine für alle Ratsmitglieder verbindliche Auslegung des Begriffes zu erreichen. Zweimal kommt der Begriff «persönliche Erklärung» in unserem Reglement vor, einmal eben jetzt, in Artikel 59 Absatz 3. Dort kann jedes Mitglied während einer Debatte – ich betone: während – unter Umgehung der ordentlichen Reihenfolge jederzeit das Wort ergreifen; ein zweites Mal in Artikel 62 Absatz 3, dort ist sie ausschliesslich auf das Ende einer Debatte beschränkt.

Mein Antrag betrifft nur Artikel 59 Absatz 3. Während der Debatte sollen nur echte persönliche Erklärungen abgegeben werden können, also Antworten auf persönliche Bemerkungen eines Vorredners. Wenn wir diese Einschränkung nicht wollen, dann kann jedes Ratsmitglied jederzeit unter Umgehung der Rednerliste und unter Vorspiegelung persönlicher Betroffenheit irgendein materielles Votum abgeben. Das entspricht aber nicht unseren Reformbemühungen, im Gegenteil, durch solche unechte persönliche Erklärungen verlängern und verwässern wir nur einen speditiven Ratsbetrieb.

In Artikel 62 Absatz 3 hingegen, am Ende einer Debatte, soll jedes Mitglied, wie bis anhin, noch persönliche Erklärungen in der extensiven Interpretation des Begriffes abgeben können. Wie gesagt, meine Damen und Herren, es ist mir letztlich gleich, ob Sie meiner strafferen Version zustimmen wollen, die auf der Linie unserer Reformbemühungen liegt, oder ob Sie den zeitaufwendigeren Status quo aufrechterhalten wollen.

Sagen wir ja zum jetzigen Zustand, dann kann jeder beziehungsweise jede von uns jederzeit unter Vorgabe einer persönlichen Erklärung ein materielles Votum abgeben. Bis jetzt taten das jene Ratsmitglieder nicht, die sich korrekt an den Buchstaben unseres Geschäftsreglementes gehalten haben.

*Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle*

Frau **Grendelmeier**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Maximilian Reimann, lieber Herr Ex-Kollege. Ich finde es sehr schön, dass Sie mich schon wieder persönlich angreifen. Das gibt mir die Möglichkeit, eine persönliche Erklärung im Stil von Herrn Reimann abzugeben.

Ich beantrage Ihnen im Sinne eines Sachvotums, den Antrag Reimann Maximilian abzulehnen. Der Text, wie er hier steht, gibt genügend Spielraum, dem Präsidenten zu überlassen, ob er jemanden bremsen will, wenn er ein Votum nicht mehr im Sinne einer persönlichen Erklärung abgibt, sondern wenn es eindeutig ein Votum zur Sache ist. Ueberlassen wir das bitte dem Präsidenten, denn es ist nicht zu regeln. Auch wenn wir es regeln, wird vermutlich immer wieder Streit darüber entstehen, was nun wirklich eine persönliche Erklärung ist.

Es braucht meines Erachtens nicht die Tatsache, dass ich persönlich beleidigt werde, es kann durchaus genügen, dass jemand oder eine Sache, die einen persönlich angeht, angesprochen wird. Und das muss Ihnen die Möglichkeit geben, hier persönlich zu reagieren, so wie ich es jetzt gemacht habe.

M. **Borel**, rapporteur: Votre commission n'a pas reçu, lorsqu'elle a tenu sa séance, la proposition de M. Reimann, dans sa formulation actuelle en sorte qu'elle n'a pas pu prendre position. Par conséquent, au nom de la commission, je vous laisse libre de votre choix, me contentant de faire deux remarques personnelles pour justifier mon vote, c'est-à-dire mon refus de la proposition Reimann.

Tout d'abord, M. Reimann qui n'était pas satisfait d'une intervention d'une de nos collègues pendant cette session profite d'une deuxième lecture du règlement de notre conseil pour en tirer immédiatement les conséquences en modifiant ce règlement. Cela ne me paraît pas être d'une grande cohérence de légiférer immédiatement lorsqu'un cas d'intervention nous a dérangés.

Ensuite, il y a déjà énormément de réglementation dans notre règlement. Laissons à notre président le soin d'interpréter les règles régissant nos débats; donnons-lui, ou plutôt laissons-lui quelques compétences.

Frau **Stamm**, Berichterstatlerin: Der Antrag Reimann Maximilian lag in der Kommission nicht vor. Wir können Ihnen also keine Kommissionsmeinung vermitteln. Persönlich würde ich Ihnen empfehlen, ihn abzulehnen. Ich denke, dass wir das Handhaben der persönlichen Erklärung der Autorität unseres Ratspräsidenten überlassen sollten. Ich denke sogar, dass es in jenen Fällen, wo ich mir auch schon gedacht habe, das sei jetzt eine ein bisschen zu lang geratene und ausschweifende persönliche Erklärung, zu bedenken gilt, dass das unter Umständen der Psychohygiene dieses Parlamentes dient, weil in gewissen Momenten Dampf abgelassen werden kann. Also überlassen Sie es unserem Präsidenten, dafür zu sorgen, dass diese persönlichen Erklärungen nicht ins Unendliche wachsen.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Reimann Maximilian	27 Stimmen
Dagegen	42 Stimmen

**Art. 60b***Antrag Ott**Abs. 3 (neu)*

Die Fraktionspräsidentenkonferenz stellt vor Sessionsbeginn Antrag, ob ein Geschäft artikelweise, abschnittsweise oder gesamthaft beraten werden soll, sowie ob bei gesamthafter oder abschnittweiser Beratung allenfalls einzelne Artikel der Detailberatung unterstellt werden sollen.

**Art. 60b***Proposition Ott**Al. 3 (nouveau)*

Avant la ouverture de la session, la Conférence des présidents de groupe propose au conseil de discuter un objet par article,

par chapitre ou dans son ensemble et, en cas de discussion d'ensemble ou par chapitre, de soumettre le cas échéant certains articles à la discussion de détail.

**Ott**: Mein Antrag zielt darauf ab, die Ratsarbeit wenigstens ein Stück weit von dem zu entlasten, was Sie am meisten belastet, nämlich von der Ueberlastung durch die manchmal wirklich unwesentlichen artikelweisen Detailberatungen. Sie lesen in der Vorlage der Kommission, Artikel 60b Ziffer 2: «Der Rat kann beschliessen, die Vorlage abschnittsweise oder in ihrer Gesamtheit zu beraten.»

Ich wollte hier ein Antragverfahren einführen, wann abschnittsweise und wann artikelweise beraten werden soll. Es ist vergleichbar mit dem Antragverfahren für die Einstufung der Geschäfte in die verschiedenen Stufen. Es wäre ein grosser Vorteil, wenn wir vermehrt von der Möglichkeit, die hier zur Verfügung steht, Gebrauch machen würden, abschnittsweise oder sogar gesamthaft zu beraten, denn nichts belastet unser Zeitbudget in diesem Rat so sehr wie gewisse Detailberatungen mit einer Ueberfülle von chancenlosen Einzelanträgen.

Zunächst geht uns das im schweizerischen Nationalrat natürlich etwas gegen den Strich. Der Gedanke, dass nicht alles im Detail – artikelweise – behandelt und abgestimmt werden soll, geht uns gegen den Strich. Wenn wir aber auf ausländische Parlamente blicken, sehen wir, dass dort oftmals Gesetze *in globo* beraten und verabschiedet werden, was zum Teil jedoch mit der unterschiedlichen parlamentarischen Struktur zusammenhängt.

Wenn in unserem Parlament im gesetzgeberischen Bereich etwas passiert, dann passiert es in aller Regel in der Vorbereitungsphase: in der Kommissionsberatung, in interfraktionellen Kontakten, dort, wo die Weichen gestellt werden. Und äusserst selten passiert etwas in der Endphase, im Plenum. Wir würden sehr viel Zeit sparen für wesentlichere, für weichenstellende, für prospektive Aktivität in diesem Parlament, wenn wir vermehrt von der Möglichkeit der globalen oder abschnittweisen Beratung Gebrauch machen würden. Sogenannte Schicksalsparagrafen können immer noch ausgenommen werden.

Mit meinem an sich logischen Antrag bin ich in der Kommission nicht auf viel Verständnis gestossen, unter anderem wohl darum, weil wir die eingefleischte lange Tradition der Detailberatung kennen und uns daran gewöhnt haben. Wir können uns nicht vorstellen, was für andere Parlamente zum täglichen Brot gehört. Ich muss auch zugestehen, es müssten noch einige Punkte genauer durchdacht werden, als mir dies in dieser kurzen Zeit möglich war. Ein ganzes, für uns relativ neues Konzept müsste entwickelt werden.

Als Initiator dieser Vorlage habe ich mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass unsere Kollegen Petitpierre und Rhinow in beiden Räten gleichlautende Vorschläge deponiert haben, mit der Parlamentsreform weiterzumachen, noch mehr in die Tiefe vorzudringen, als wir es jetzt mit diesem ersten Schritt tun konnten. Ich habe die Vorschläge Petitpierre/Rhinow noch nicht gründlich prüfen können, aber ich habe gesehen, dass darin von Gesetzgebungsdelegation die Rede ist.

Wir müssten die Kommissionsarbeit noch mehr aufwerten und Teile der Gesetzgebung an die Kommissionen, die ja gründlicher arbeiten können, delegieren. Dabei müsste die Weiterzugsmöglichkeit an das Plenum durchaus vorbehalten bleiben. Aber das alles wäre wohl bereits eine neue Ebene, eine neue Dimension der Parlamentsreform. Ich bin froh, dass heute zunehmend erkannt wird, dass Parlamentsreform eine Daueraufgabe ist.

Im Hinblick auf die konzeptionelle Arbeit, die noch getan werden muss, wenn dieser hoffnungsvolle Weg weiterverfolgt wird, möchte ich heute meinen Vorschlag, der in einem grösseren Zusammenhang durchdacht zu werden verdient, zurückziehen.

**Art. 60e***Antrag der Kommission**Abs. 2*

Mit Ausnahme der Ordnungsanträge sind die Anträge dem Präsidenten rechtzeitig schriftlich einzureichen, in der Regel

vor der Beratung des betreffenden Geschäftes. Die Anträge werden allen Mitgliedern in deutscher und französischer Sprache ausgeteilt.

**Art. 60e**

*Proposition de la commission*  
*Al. 2*

A l'exception des motions d'ordre, les propositions doivent être remises par écrit et à temps au président. En règle générale, le dépôt intervient avant le traitement de l'objet en question. Les propositions sont distribuées en allemand et en français.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 61**

*Antrag der Kommission*  
*Abs. 1*

Die Redezeit der Berichterstatter und der Vertreter des Bundesrates beträgt in der Eintretensdebatte höchstens 20 Minuten. Der Präsident entscheidet über Ausnahmen.

**Art. 61**

*Proposition de la commission*  
*Al. 1*

Le temps de parole des rapporteurs et des représentants du Conseil fédéral n'excédera pas 20 minutes dans les débats d'entrée en matière. Le président statue sur les exceptions.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 65**

*Antrag der Kommission*  
*Abs. 4*

Anträge auf Rückweisung enthalten bereits bei der Einreichung eine kurze Darstellung der verlangten Ueberprüfung oder Aenderung.

**Art. 65**

*Proposition de la commission*  
*Al. 4*

Les propositions de renvoi comportent une brève motivation.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 68**

*Antrag der Kommission*  
*Abs. 1*

(Die Aenderung betrifft nur den französischen Text)

**Art. 68**

*Proposition de la commission*  
*Al. 1*

Jusqu'au vote sur l'ensemble, tout député ....

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Reglementsentwurfes  
Dagegen

68 Stimmen  
1 Stimme

**Ad 86.246**

**Postulat der Kommission**  
**Italienisch als Verhandlungssprache**

**Postulat de la commission**  
**L'italien comme langue de délibération**

*Wortlaut des Postulates vom 14. März 1990*

Das Büro wird gebeten zu prüfen, inwieweit im Nationalrat das Italienische als Verhandlungssprache verstärkt werden kann (z. B. durch das Uebersetzen von wichtigen schriftlichen Berichten).

*Texte du postulat du 14 mars 1990*

Le Bureau est invité à examiner dans quelle mesure l'italien peut être renforcé comme langue de délibération (p. ex. par la traduction de rapports importants).

M. **Borel**, rapporteur: J'ai cru comprendre que le Bureau acceptait ce postulat. Par conséquent, je vous engage à voter en sa faveur.

*Ueberwiesen – Transmis*

*Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle*

**Früh:** Am Schluss dieser Kehraussitzung habe ich Ihnen noch eine Mitteilung zu machen. Ich möchte der Spontaneitätsauforderung von Herrn Ott nachleben: Herr Werner Carobbio wurde mit mir 1975 in diesen Rat gewählt. Er hat heute zum erstenmal eine Abstimmung für sich entscheiden können. *(Beifall)*

*Schluss der Sitzung um 19.05 Uhr*

*La séance est levée à 19 h 05*

## **Parlamentarische Initiative (Ott) Parlamentsreform (2. Lesung)**

## **Initiative parlementaire (Ott) Réforme du Parlement (2e lecture)**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.246
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	22.03.1990 - 15:00
Date	
Data	
Seite	652-660
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 406

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.